



Energiepolitik

Aiwanger: "Die Einsparungen bei der Gaspreisbremse jetzt für einen international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstrompreis einsetzen"

09. August 2023

MÜNCHEN Die Gaspreisbremse der Bundesregierung hat den Steuerzahler bisher nur ein Drittel der eigentlich vorgesehenen Summe gekostet. Zu diesem Ergebnis kommt das Münchner ifo-Institut. Von den ursprünglich kalkulierten 40,3 Milliarden Euro sind laut ifo-Berechnungen erst 13,1 Milliarden Euro an Kosten entstanden. Dazu Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Da sich die Situation bei den Gaspreisen deutlich entspannt hat, wird ein großer Teil der eingeplanten Milliarden nicht mehr zur Finanzierung der Preisbremsen benötigt. Mit dem nun verfügbaren Geld muss ein Wirtschaftsstrompreis finanziert werden, um die Energiekosten in Deutschland schnellstens weiter runterzubekommen, besonders auch für die Wirtschaft, die im internationalen Wettbewerb steht. Ein Preis von 4 Cent netto würde dazu führen, dass viele Betriebe in Deutschland weiterarbeiten, die derzeit ans Aufhören denken oder an die Verlagerung des Standorts ins Ausland. Die Bundesregierung hätte das noch vor der Sommerpause entscheiden müssen.“

Ansprechpartner: Aaron Gottardi, stv. Pressesprecher

Pressemitteilung-Nr. 332/23